

**Beschluss des 7. Landesparteitages
der 2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 19.9.20 in Sömmerda**
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)

Thüringen: Es ist nicht egal, wer regiert!

Die Corona-Pandemie hat – ausgelöst durch ein Virus, gegen das es bis heute keinen medizinischen Schutz gibt – die Menschen und unser globalisiertes Beziehungssystem in eine tiefe Krise gestürzt. Das Ende dieses weltweiten Ausnahmezustandes ist nicht abzusehen. Bis wir ein wirksames Gegenmittel gefunden haben, geht es darum, gemeinsam und solidarisch die Folgen zu schultern. Angesichts der immensen Herausforderungen der Corona-Krise hat unsere Regierung früh die notwendigen Maßnahmen ergriffen, entschlossen gehandelt und Entscheidungen erklärt. Die thüringische Landesregierung, um Ministerpräsident Bodo Ramelow, Gesundheitsministerin Heike Werner, Bildungsminister Helmut Holter, Staatskanzleiminister Benjamin-Immanuel Hoff, Landtagsfraktion und Landesverband führen den Freistaat mit Umsicht durch die Krise. Der große gesellschaftliche Rückhalt für die schwierigen Entscheidungen trägt seinen Anteil bei.

Dennoch waren und sind die Verordnungen im gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bereich für viele Menschen einschneidend. Den Angehörigen der Verstorbenen sprechen wir unsere Anteilnahme aus, den Erkrankten wünschen wir vollständige Genesung! Den Hunderttausenden, die in der Krise geholfen haben und unsere Gesellschaft am Laufen hielten, sagen wir Danke!

Klar muss aber auch sein: Danke sagen, dass allein reicht nicht. Es geht um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, eine bessere Ausstattung des Gesundheits- und Pflegesystems beginnend mit der Erhöhung des jährlichen Investitionsvolumens für Krankenhäuser, des Verbots der Profiterzielung im Krankenhaus- und Pflegebereich und ein dichteres Netz an sozialer Infrastruktur, das auch in Krisenzeiten individuell reagieren kann.

Zwei Fragen drängen sich in der gegenwärtigen Lage nahezu notwendigerweise auf: Wer zahlt für die Krise und wer profitiert von den Hilfen? Um diese beiden Fragen im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung zu beantworten, bedarf es eines linken Korrektivs, um zu verhindern, dass abermals diejenigen zur Bewältigung der Krisenkosten herangezogen werden, die jetzt schon besonders unter ihren Folgen leiden und bei den Hilfen leer ausgehen.

Deshalb braucht es ein breites gesellschaftliches Bündnis, dass aus der gegenwärtigen Krise eine echte Alternative entwickelt, die aus der Kapitalverwertungslogik ausbricht und an ihrer Stelle eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, europäische und globale

Solidarität, Gesundheitsschutz, Klima- und Umweltschutz, eine umweltverträgliche Land- und Nahrungsmittelwirtschaft, Frieden, Menschenrechte und Demokratie setzt.

Verlässlich und gemeinsam durch die Krise

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es einen Unterschied macht, wer regiert. Wessen Interessen stehen im Mittelpunkt der Politik? Wie wird das Spannungsverhältnis zwischen Freiheitsrechten und in der Pandemie notwendigen Eingriffen des Staats verantwortungsvoll permanent neu ausgehandelt? Was sich seit 2014 Tag für Tag im Handeln der rot-rot-grünen Landesregierung zeigt, wird in der Krise umso wichtiger. Solidarisch oder ungerecht? Politik für alle oder für die Wenigen? Freiheit oder Angst?

Deshalb geht es für uns darum, die gesellschaftliche Mehrheit, die Rot-Rot-Grün unter den Thüringerinnen und Thüringern hat, bald wieder in die parlamentarische Mehrheit zu transformieren, um solidarisch und progressiv gestalten zu können.

Unser Versprechen gilt: Wir machen`s gerecht! Im Landtagswahlkampf 2019 haben wir fünf zentrale Ziele für ein solidarisches Miteinander in Thüringen genannt. Sie gelten nach wie vor. Denn wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Solidarität statt Ausgrenzung und soziale Sicherheit statt sozialer Spaltung herrscht. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig es ist, diese Ziele gerade in Krisenzeiten besonders nachdrücklich zu verfolgen.

- 1) Jedes Kind soll an jedem Ort in Thüringen die gleichen guten Bedingungen in der Schule vorfinden. Durch die zunehmende Digitalisierung des Unterrichts dürfen die Sachmittelunterschiede zwischen den Schulen und den einzelnen Schülerinnen und Schülern nicht weiterwachsen. Sondern alle müssen auf das bestmögliche Niveau angehoben werden.
- 2) Auch in Krisenzeiten muss das gesellschaftliche Leben sozial gerecht und abgesichert stattfinden: Jedem Menschen muss unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht oder Herkunft sichere Teilhabe garantiert werden können, an Arbeit, Kultur, Betreuung, Mobilität und Bildung.
- 3) Unter Corona-Bedingungen Eltern-Sein und Beruf ist eine oft nicht zu bewältigende Herausforderung. Unsere Familienpolitik hat dafür Sorge zu tragen, dass Familien, gleich welcher Form und Größe, umfassend die Unterstützung erfahren, die sie benötigen. Die Opfer häuslicher Gewalt gilt es besonders zu schützen. Die Beratungs- und Schutzangebote für Kinder, Frauen und Familien müssen diesen besonderen Bedingungen Sorge tragen können.
- 4) Die Corona-Pandemie verstärkt die andauernde strukturelle Benachteiligung und Mehrbelastung von Frauen, besonders in den Bereichen der prekären

Beschäftigungsverhältnisse und der Kinderbetreuung. Unser politisches Ziel muss es sein, die Gleichstellung der Frauen gerade auch in Krisenzeiten konsequent durchzusetzen und gesellschaftlich zu leben.

- 5) Die Corona-Pandemie hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Während sich die finanzielle Schieflage zuspitzt und die Ärmsten am stärksten unter der Krise leiden, unterstützen und schützen die von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen vorrangig Großkonzerne und Vermögende. Diese Prioritätensetzung muss sich endlich ändern!
- 6) Stabile Demokratie und Menschenwürde dürfen kein Alleinstellungsmerkmal gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hochphasen sein. Die persönliche Unversehrtheit und der Schutz der Menschenwürde sind Grundrechte, die für alle Menschen an jedem Ort in Thüringen und zu jeder Zeit gelten müssen.
- 7) Die katastrophalen Folgen der globalen Klimaerwärmung und der Zerstörung der Umwelt und natürlichen Lebensräume treten auch in Thüringen immer deutlicher hervor. In den städtischen Zentren und ländlichen Räumen wollen wir jetzt einen neuen und mutigeren Umgang mit dieser Krise finden. Beim bloßen „weiter so“ und behandeln der Symptome mit Geldspritzen darf es nicht bleiben. Staatliche Hilfen zur Bewältigung der Klima-Krise und Corona-Folgen müssen an ökologische und soziale Bedingungen geknüpft sein.
- 8) Die erfolgreiche Kinder- und Jugendhilfe unter rot-rot-grün, gilt es auch unter den besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie, zu verteidigen und zu verstetigen. Die Garantie für junge Menschen auf gut bezahlte Arbeit, einen sicheren Wohnort, und Möglichkeiten der Teilhabe müssen auch weiterhin unser Ziel bleiben, damit junge Menschen nicht zur Verlierergeneration der Corona- Pandemie werden.

Der Tabubruch von Erfurt

Die Corona-Pandemie hat fast vergessen gemacht, dass unser Land am 5. Februar 2020 infolge des Agierens der destruktiven Landtagsmehrheit am Abgrund stand. Dieses Datum wird in die bundesrepublikanische Geschichte als der Tag eingehen, an dem der FDP-Mann Kemmerich die mit den Stimmen von AfD erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten annahm und damit einen Tabubruch vollzog.

DIE LINKE Thüringen dankt allen, die in den darauffolgenden Tagen und Wochen öffentlich demonstriert haben: Alle zusammen. Gemeinsam gegen den Faschismus. Hauptsächlich ihnen ist es zu verdanken, dass die Ein-Mann Regierung Kemmerich keinen Bestand hatte. Nicht auszudenken, wie Thüringen mit dieser Regierung in der gegenwärtigen Krise agiert

hätte. Nicht auszudenken, welche langfristigen Schäden unser Land Thüringen und die Demokratie in der Bundesrepublik genommen hätten, wenn eine solche unter rechtspopulistischem/rechtsextremen Einfluss stehende Regierung dauerhaft im Amt geblieben wäre.

Die Menschenkette um die Erfurter Staatskanzlei am Abend der Schande von Erfurt wurde Symbol. Thomas Kemmerich war für die Menschen nicht der legitime Ministerpräsident. Die Forderung: Rücktritt sofort und Neuwahlen jetzt! Die Proteste versandeten nicht, sie hielten an. Gemeinsam nahmen die Menschen ihre Interessen in die Hand und verteidigten die Demokratie. Die Einen auf den Straßen, die Anderen in den Parlamenten und andere in Medien und Gesellschaft - überall. Ihnen allen gilt es zu danken!

Wie notwendig das breite Bündnis gegen Rechts ist, haben die erschreckenden Terror-Anschläge der letzten Monate traurig bewiesen. Die rassistischen Morde in Hanau, der antisemitische Anschlag in Halle, die Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke in Hessen sowie die Funde von Waffen und Sprengstoff bei Neonazis und rechten Soldaten zeigten die tödliche Gefahr von rechts genauso wie die Bedrohungen von Parteigenoss*innen per Mail aus Behördenkreisen. Die Warnungen von Antifaschist*innen, Journalisten*innen, Wissenschaftler*innen und Beratungsstellen sowie die Stimmen der Opfer und ihren Angehörigen wurden viel zu lange nicht gehört und ernst genommen.

Für uns als Thüringer Linke gilt weiterhin der Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Unsere Ziele für die Landtagswahl 2021

Mit der Wahl Bodo Ramelow zum Thüringer Ministerpräsidenten am 4. März 2020 ist die Rot-Rot-Grüne Landesregierung als Minderheitsregierung wieder handlungsfähig geworden. DIE LINKE Thüringen sieht in dieser konkreten Situation im Stabilitätsmechanismus zwischen Rot-Rot-Grün und der CDU-Landtagsfraktion ein geeignetes Mittel, die rechtsextremistische und rechtspopulistische Einflussnahme auch bei schwierigen parlamentarischen Konstellationen zu verhindern. Mit diesem Stabilitätsmechanismus war und ist die Überzeugung verbunden, dass die Thüringer Wählerinnen und Wähler vor dem Hintergrund des Tabu-Bruchs vom 5. Februar 2020 die Gelegenheit einer Neuwahl ihres Landtages erhalten müssen.

Deshalb hält DIE LINKE Thüringen am Neuwahltermin 25. April 2021 fest, wobei wir uns bewusst sind, dass sich dieser Wahlkampf grundlegend von den zuletzt geführten Wahlkämpfen sowohl organisatorisch als auch inhaltlich unterscheiden wird.

Bei der Landtagswahl präsentieren wir uns den Wählerinnen und Wählern als die entscheidende politische Kraft: für den Erhalt der Demokratie, für die Entwicklung der wirtschaftlichen Grundlagen unseres Wohlstandes, für ein solidarisches Miteinander, für soziale Gerechtigkeit und für den Schutz der Menschenwürde aller hier Lebenden. Und wir stellen mit Bodo Ramelow erneut einen Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten auf, der unseren politischen Anspruch verkörpert und für die Interessen der Menschen - unter den schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie – eingetreten ist.

Wir wollen erneut als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgehen und das erfolgreiche Regierungsbündnis mit SPD und Grünen fortsetzen. Die Politik von Rot-Rot-Grün hat seit 2014 viel bewirkt. Diese Erfolge gilt es zu verteidigen und auszubauen, gerade auch mit Blick auf die Bewältigung der Corona-Krise, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen – etwa in der Mobilität, der Energieerzeugung, der Bildung oder der Wirtschaft – ein Umsteuern verlangt, damit der Neustart nachhaltig ist. Wir wollen nicht zurück. Wir wollen zentrale Zukunftsaufgaben – Schutz des Klimas, Herstellung gleicher Lebenschancen in Stadt und Land, weniger Ressourcenverbrauch, Einkommensgerechtigkeit und vieles mehr – gemeinsam jetzt angehen.

Die Linke in Thüringen – „Partei von unten“

Am 30. Juni 1990 konstituierte sich der Thüringer Landesverband der PDS. Dieser Schritt begann mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS und seinem unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus als System. Von Anfang an war es ein Anliegen der Genoss*innen sich selbstkritisch mit Geschichte der Vorgängerorganisation und der DDR als Gesamtes auseinanderzusetzen. Sie entwickelte sich in Thüringen als „Partei von unten“. Wir waren im Landtag viele Jahre das soziale und antifaschistische Korrektiv für die CDU-dominierte Politik und legten den Finger in die politischen Wunden. Wir waren die Stimme der Arbeiter*innen und Angestellten, der Erwerbslosen und der Menschen, die durch die Treuhand-Politik Arbeit, Aufgabe und Würde verloren. Unsere Partei startete 1990 mit 9,7 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig gestalteten wir in den Kommunen die Politik im Alltag mit – ganz praktisch, ganz real. Die Wahl von Steffen Harzer 1996 in Hildburghausen als erstem Bürgermeister einer Kreisstadt bundesweit war ein wichtiger Schritt für die Partei. Gleichzeitig diskutierte die Partei über die politischen Ziele eines „linken Reformprojekts“, das den Freistaat nachhaltig verändern sollte. Klar war damals: das geht nur gemeinsam mit SPD und Grünen. Dafür war es nötig, selbstkritisch die eigene Geschichte zu diskutieren. Und Zuhören statt Besserwisserei zu lernen, um den Ring um die PDS zu sprengen, der damals die Partei und die Genoss*innen ausgrenzte. Offene Listen und den Blick auf die sozialen Probleme im Alltag zu richten, waren wichtige Bausteine, um linken Ideen wieder Gewicht zu geben. Dennoch war für die PDS in Thüringen immer klar, dass die notwendige politische Alltagsarbeit - in den Kommunen, in Verwaltungen und Parlamenten und heute in der Landesregierung – nicht die Vision einer demokratischen und gerechten Gesellschaft

verdrängen darf. Für uns war das strategische Dreieck leitend: Protest gegen die Ungerechtigkeiten der Gesellschaft, praktische Mitgestaltung im Hier und Jetzt und die Idee eines demokratischen Sozialismus. Für DIE LINKE in Regierung bedeutet das zum Beispiel, Projekte einer sozial-ökologischen Transformation in den Blick zu nehmen, die immer mehr Teile der Gesellschaft der kapitalistischen Verwertung entziehen.

Für die notwendige politische Alltagsarbeit ist eine umfassende politische Bildung auf allen Ebenen unerlässlich!

Weder der Erneuerungsprozess über die PDS, noch die Neubildung und Entwicklung der heutigen Partei DIE LINKE, waren frei von Widersprüchen und Rückschlägen. Immer wieder müssen wir darauf achten, uns nicht selbst durch eigenes Agieren gesellschaftlich zu isolieren, errungenes Vertrauen zu verspielen, eigene Grundsätze zu ignorieren oder zu missachten.

Unsere Position als stärkste politische Kraft im Thüringer Landtag beruht auf dem großen Vertrauen der Menschen und ihren Hoffnungen in uns, sowie auf unserer täglichen Arbeit. Hieraus erwächst uns eine große Verantwortung auch und gerade gegenüber den Menschen, die uns nicht oder noch nicht wählen. Wir sehen uns in der Pflicht, gemeinsam mit allen, die sich in vielfältiger Weise für eine lebenswerte Gesellschaft einsetzen, sei es bei Fridays for Future, in Gewerkschaften, bei den Omas gegen Rechts oder Black Lives Matter, Antifaschist*innen, LGBTQIA+, Mieter*innen-Bewegungen, Sozialverbänden oder in anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen, nach praktischen und überzeugenden Antworten auf die vielen offenen Fragen, – von den kleinen Problemen bis zu den Auswirkungen der globalen Krisen praktisch zu suchen.

Wir haben als Thüringer LINKE verstärkt für das Ganze, für die soziale Demokratie als Grundlage einer Gesellschaft freier und gleicher Menschen einzustehen.

In den Auseinandersetzungen mit der Rechtsentwicklung in Thüringen insbesondere mit der AfD und ihrem Spitzenkandidaten, dem Faschisten Höcke, sind die Traditionen des antifaschistischen Widerstandskampfes in Thüringen, die sich in ihren Gedenkstätten widerspiegeln – Buchenwald als mahnendes Symbol – stärker in den Mittelpunkt unserer gesellschaftlichen Arbeit und Wirksamkeit in den Städten und Gemeinden sowie in den Parlamenten zu stellen.

In keinem Kreistag, Stadtrat bzw. keiner Gemeindevertretung in Thüringen darf es eine Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Abgeordneten der AfD geben.

Das gilt für den kommenden Wahlkampf. Aber es gilt ganz grundsätzlich für unsere tägliche politische Praxis – in der Basisorganisation, den Vorständen, im Landtag und in der Regierung gleichermaßen. Und wir tragen als Thüringer LINKE die Verantwortung, deutlich zu machen, dass eine fortschrittliche Politik in Regierung möglich ist – und damit auch Wahlen gewonnen werden können. Das sehen wir als unseren Beitrag, DIE LINKE bundesweit

wieder stärker zu machen. Mehr Thüringen wagen wird auch im Bund progressive Politik stärken und helfen, Wahlen zu gewinnen.

(Mehr Thüringen wagen wird auch im Bund progressive Politik stärken und helfen, Wahlen zu gewinnen), so dass letztendlich linke Kräfte und progressive Bündnisse in der Gesellschaft gestärkt werden können.

Solidarität in Zeiten von Corona – Herausforderungen an linke Politik

Mit der Corona-Pandemie hat die Geschichte uns vor eine Herausforderung gestellt, deren Auswirkungen sich erst allmählich abzeichnen. Sicher ist aber schon, dass die Corona-Krise medizinisch, wirtschaftlich und sozial viele vorherige Krisen um ein Vielfaches übertrifft. Die Thüringer Landesregierung hat dabei von Beginn Wert darauf gelegt, im Kampf gegen die Pandemie auf die Solidarität und Selbstverantwortung der Menschen zu setzen, große und kleine Unternehmen ebenso wie Selbständige zu unterstützen sowie die aus Gesundheitsschutzgründen erfolgten Einschränkungen demokratischer und freiheitlicher Rechte so gering wie möglich zu halten.

Ein Großteil der Herausforderungen liegt noch vor uns und viele davon sind grundlegender Natur. Die Pandemie zeigt uns, was in der kapitalistischen Welt schief läuft. Wer in welchem Maß unter Corona leidet, hängt stark von Einkommen, Weltregion, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexuelle Identität, Staatsangehörigkeit, Fluchtstatus Gesundheitssystem und anderen Faktoren ab. Auf diese Weise ist Corona auch eine Anklage gegen soziale Ungleichheit und nationalistischen Egoismus, gegen die Folgen von Privatisierung im Gesundheitsbereich und gegen die Unterordnung des gesellschaftlichen Lebens unter den Imperativ des Marktes.

Corona zwingt uns einmal mehr, gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Gerade jetzt zeigt sich, wie wichtig der Wertekompass ist, der uns als LINKE - in Thüringen und anderswo - leitet: Solidarität, Weltoffenheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit. Unter Nachbar*innen, unter Landsleuten, unter uns auf der Welt. Die Corona-Krise zeigt auf ihre Weise, wie eng wir auf diesem Planeten heute zusammengerückt sind. Corona mahnt uns, dass Probleme nicht an Grenzen halt machen, dass globale Herausforderungen auch nur global und gemeinsam bewältigt werden können. Es ist jetzt auch und wieder die Stunde eines international solidarischen Blicks.

Wenn wir über Corona und die Folgen reden, ist uns keineswegs egal, wie es »der Wirtschaft« geht. Aber im Vordergrund stehen für uns die Menschen und ihre Sorgen, stehen Fragen der Versorgung mit Lebensnotwendigem und der Perspektiven. Die Welt nach Corona wird eine andere sein. Ob sich nationalistischer Egoismus durchsetzt, der die Schuld für Covid-19 immer nur bei „den anderen“ sieht, ob die Hilfe bei denen ankommt, die sie wirklich und am dringendsten brauchen, ob die mit dem größten Einfluss ihre Interessen

durchsetzen oder jene zum Zuge kommen, die keine große Lobby haben - all das hängt auch davon ab, wie wir als LINKE jetzt handeln.

Wir wissen darum, welche Last in dieser Situation die Beschäftigten des Gesundheitssystems zu tragen haben - in Krankenhäusern, Arztpraxen, aber auch in Laboren und anderen medizinischen Einrichtungen. Wir wissen um die besondere Lage von Menschen mit Behinderungen, Geflüchteten, Frauen, Queers, Kunst- und Kulturschaffenden, von Menschen in prekären Lebenslagen, von den Sorgen derer, für die eine Pandemie und ihre gesundheitlichen Folgen schwerwiegende soziale Auswirkungen haben. Aber auch im Einzelhandel, in Behörden, in der Dienstleistungsbranche, Kleinstunternehmen und in der Industrie hat Corona immense Probleme verursacht. Was immer wir an Maßnahmen der Unterstützung und der Hilfe jetzt diskutieren, folgt einer Grundidee: Es geht darum, einen sozialen Schutzschirm eine gesundheitspolitische Strategie zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu entwickeln aufzuspannen – und in einem zweiten Schritt die zentralen Zukunftsfragen zu stellen und zu beantworten. Nicht wenige meinen, nach der Krise wird es wie vor der Krise sein. Aber wird das wirklich so sein? Mehr noch: Können wir das wollen? Nein, ein einfaches „Zurück“ kann und wird es nicht geben. Wir müssen vielmehr den Sprung nach vorne in eine bessere Gesellschaft wagen.

Es geht darum, unsere Wirtschaft für ein Leben mit und nach Corona aufzustellen und dem sozial und ökologisch notwendigem Umbau Rechnung zu tragen: Wir könnten aktuelle Hilfsmaßnahmen für Unternehmen so gestalten, dass eine Option darin verankert wird, die Erleichterungen oder Teilerlasse bei der Rückzahlung von Hilfskrediten gewährt, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Etwa wenn die Firmen Modelle guter Arbeit, eine bessere und angemessenere Bezahlung, den Einstieg in eine ökologischere Produktion und Fortschritte bei der Demokratisierung von betrieblichen Entscheidungen umsetzen. Dies entspricht auch dem Geist des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages in Thüringen, in dem wir uns unter anderem auf die Förderung von »sozialen, ökologischen und technischen Innovationen«, die Unterstützung von »Initiativen zur sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft« und einen »Transformationsfond zur sozialen Abfederung der Umwandlung von Industriestandorten« geeinigt haben.

Den größten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Krise leisten Frauen: Sie sind überdurchschnittlich in den systemrelevanten Berufen beschäftigt und waren und sind dadurch besonders gefordert. Sie sind diejenigen, die im familiären Bereich die Ausnahmesituation abmildern. Sie erziehen, lehren, pflegen, kümmern sich. Die Doppelbelastung durch Erwerbs- und Familienarbeit, die Frauen auch vor Corona ausgesetzt waren, spitzt sich dramatisch zu. Die Pandemie zeigt, dass die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aus unserer Gesellschaft nie verschwunden war. Und jetzt schlägt sie mit voller Wucht wieder zu.

Die Pandemie verschärft in vielerlei Hinsicht die Krisenerfahrungen von Frauen und LSBTIQ: Frauen und LSBTIQ, die in Werkstätten arbeiten und ohne Geld nach Hause geschickt

wurden; Frauen und LSBTIQ, die in schlechtbezahlten oder prekären Jobs gearbeitet haben und jetzt in Kurzarbeit oder erwerblos sind; Frauen und LSBTIQ, die obdachlos sind; rassialisierte Frauen und LSBTIQ, die erheblicher Diskriminierung im Arbeits- und Wohnungsmarkt ausgesetzt sind; ältere Frauen und LSBTIQ, die durch COVID-19 gestorben sind.

Deswegen gilt es jetzt besonders, dass unsere Antworten auf die Krise intersektionale feministische Lösungen beinhalten müssen. Das heißt zum Beispiel verstärkte Antidiskriminierungsarbeit mit besonderen Strukturen für LSBTIQ, Parität, gleiche Löhne für gleiche Arbeit, Sicherheit und Schutz vor Gewalt sowie die Erhöhung der Löhne im Care-Bereich.

Im Sinne dieses Umsteuerns gilt es jetzt, den nächsten Schritt zu gestalten. Thüringen braucht ein umfassendes, an sozialen, ökologischen und bürgerrechtlichen Zielen orientiertes Programm zum wirtschaftlichen Neustart - ein Konjunkturprogramm, das drei Ziele verfolgt: Anschieben, Umsteuern, Verändern. Wir brauchen volkswirtschaftlich kurzfristig wirkende Stimuli, um der Thüringer Wirtschaft zu helfen, rasch aus dem Krisentief zu kommen. Dabei wollen wir solidarische und ökologische Maßstäbe geltend machen. Beim Anschieben kommt es aber auch darauf an, schon die richtige Richtung zu wählen. Probleme gab es auch schon vor Corona, und was wir jetzt tun, sollte auch diese Herausforderungen mitdenken. Wenn wir über einen solidarischen, ökologischen Neustart diskutieren, sollten wir Maßnahmen in den Vordergrund stellen, mit denen wir das von der rot-rot-grünen Koalition bisher für Thüringen Erreichte sichern und ausbauen.

Investitionen statt Schuldenbremse

Eine gerechte und soziale Gesellschaft, die ein gutes Leben für alle ermöglicht, braucht Investitionen: Geld für Krankenhäuser, für Kindergärten und Schulen, soziale und kulturelle Infrastruktur und gute Verkehrswege, auskömmliche Beratungs- und Interventionsstrukturen für den Schutz vor Gewalt an Frauen, Kindern und LSBTIQ, für öffentlichen Personenverkehr, barrierefreies und gutes bezahlbares Wohnen und attraktive Kommunen und einen handlungsfähigen Staat. Zur Finanzierung dieser Aufgaben sollte Thüringen auch Kredite aufnehmen. Kredite sind kein notwendiges Übel, sondern volkswirtschaftlich geboten. Heute unterlassene Zukunftsinvestitionen belasten künftige Generationen finanziell und ökonomisch um ein Vielfaches mehr, als diese Investitionen ermöglichende Kredite. Diese können aktuell zu niedrigen Zinsen aufgenommen werden und befeuern den ökonomischen Neustart, welcher wiederum Basis für zusätzliche Steuereinnahmen wird. Das ist Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Denn sie profitieren von moderner Infrastruktur, modernen Bildungseinrichtungen, nachhaltigem Wirtschaften, Klimaschutzmaßnahmen und vielem anderen, wofür wir heute den Grundstein legen. Nicht die Aufnahme von Krediten gefährdet also die Zukunft, sondern der Verzicht

darauf, in die Zukunft zu investieren. Dieser Gedanke ist inzwischen selbst der Bundesregierung nicht mehr fremd.

Der Kampf für das Ende der Schuldenbremse und die auskömmliche Finanzierung von Staat und Gesellschaft gehört aus Überzeugung zu unserem linken Markenkern. Gut, wenn die Vorteile jetzt auch von anderen demokratischen Parteien erkannt werden.